A5NEU Sexarbeit

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Die Grüne Jugend Berlin wird sich im Superwahljahr für selbstbestimmte Sexarbeit einsetzt.

Mit dem Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten von SPD und Union für ein Verbot von Sexarbeit wurden Stimmen laut, die sich gegen selbstbestimmte Sexarbeit richten und teilweise Sexarbeit mit Menschenhandel gleich setzten.

Wir wollen im Diskurs eine deutliche Gegenstimme ausdrücken, da ein Verbot von Sexarbeit nicht nötig ist und Menschen bevormunden würde, die selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Es ist bereits jetzt verboten, Menschen zur Sexarbeit zu zwingen oder mit ihnen zu handeln. Aus dieser Sicht bedarf es kein Verbot des gesamten Gewerbes. Anstelle Sexarbeiter*innen in die Illegalität zu verdrängen, wo sie keinen Schutz mehr erfahren, wollen wir sie bestärken.

Wir fordern:

- Aussprache gegen ein Verbot von Sexarbeit
- Beteilung von Sexarbeiter*innenorganisationen und -netzwerken sowie Fachberatungsstellen bei neuen Gesetzgebungsprozessen
- Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes
- Berlin soll Beratungsstellen, die bereits bestehen und bestimmte Kriterien erfüllen, finanziell unterstützen
- Kampagnen für mehr Aufklärung soll das Stigma von Sexarbeit beseitigen
- Einrichtung von Schutzräumen und Hilfsangeboten für Sexarbeiter*innen mit negativen Erfahrungen
- Einrichtung von Verrichtungsboxen
- Asylrecht ausweiten
- keine Razzien und Kontrollen in Bordellen und erotischen Etablissements durch die Polizei, sondern für Betriebskontrollen durch die Ordnungsämter

Wir müssen das negative Stigma von der Sexarbeit lösen. Sexarbeit kann auch aus freier Entscheidung resultieren und für Menschen mehr sein als eine schnelle Einkommensmöglichkeit. Außerdem gibt es Käufer*innen von Sexarbeit, die ansonsten nur schwer eine sexuelle Entfaltung erlangen würden.

Wir wollen, dass alle Beratungsangebote für Sexarbeiter*innen freiwillig sind.
Wir sind gegen jede Form von Zwangsberatung.
In Berlin haben sich einige Beratungsstellen und Hilfsangebote gebildet, welche eine wichtige Arbeit zum Schutz und zur Unterstützung von Sexarbeiter*innen leisten. Leider sind diese Anlaufstellen meistens auf Spenden angewiesen und

haben unsichere Zukunftsperspektiven. Wir müssen diese finanziell unterstützen und ein festes Budget für diese Stellen festlegen. Zur Förderung müssen jedoch Kriterien erfüllt sein, , welche auch durch Expert*innen und Sexarbeitende ergänzt oder überarbeitet werden sollen:

- Die Einrichtung muss Aufklärung zu Safer Sex leisten und Verhütungsmittel sowie Hygieneartikel bereitstellen
- Sie müssen eine Mindestanzahl an geschulten Mitarbeiter*innen anstellen, welche auch an Behörden weitervermitteln können
- Die Beratung muss ergebnisoffen gestaltet sein und Sexarbeiter*innen in ihren Problemen unterstützen
- Die Beratung soll nicht nur dem Ausstieg gewidmet sein
- Einstiegsberatungen und Vernetzung von Sexarbeiter*innen (Peer-to-Peer)

In Gebieten, in denen vermehrt Sexarbeit an der Straße angeboten wird, müssen Schutzräume für Sexarbeiter*innen eingerichtet werden. Zudem sollen Verrichtungsräume geschaffen werden, welche kurzfristig angemietet werden können und ebenfalls dem Schutz von Sexarbeiter*innen dienen. So kann beispielsweise ein Notrufknopf Sexarbeiter*innen vor Übergriffen gegen ihren Willen schützen. Diese Räume sollen in den betreffenden Gebieten bestehen, beispielsweise der Kurfürstenstraße. Wir sind gegen eine Verdrängung an die Stadtränder! Deswegen positionieren wir uns gegen Sperrbezirke für Sexarbeit.

Letztlich muss das Asylrecht ausgeweitet werden. Personen, die durch Menschenhandel in die Sexarbeit gedrängt werden, müssen uneingeschränktes Asyl beantragen können.

Vom Stigma gegen Sexarbeiter*innen sind häufig auch deren Kinder betroffen. Auch für die Kinder von Sexarbeiter*innen wollen wir Beratungs- und Empowermenträume schaffen.

Wir müssen Sexarbeit als einen normalen Beruf ansehen und Stigmen überwinden. Sexarbeit soll selbstbestimmt sein und Sexarbeiter*innen müssen unsere Solidarität und Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren. Eine Verdrängung in die Illegalität werden wir mit all unseren Mitteln verhindern.

Begründung

Sexarbeit ist immer noch stark stigmatisiert und Politiker*innen von SPD und CDU/CSU möchten dies für ihrer politische Agenda nutzen und Sexarbeit verbieten. Anstelle dessen fordere ich, dass wir Sexarbeiter*innen in der Debatte bestärken, sie bei der Arbeit unterstützen und Stigmen abbauen.

Ich würde mich sehr über Änderungsanträge freuen, da dieser Antrag auch recht kurzfristig gestellt wurde und sicherlich einige Punkte noch erweitert werden können oder Verknüpfungen zu anderen Bereichen noch nicht beleuchtet sind. Vielen Dank im Voraus.